

Studie

Coronakrise könnte Schweizer Tourismus 31 Milliarden kosten

Falls die Einschränkungen wegen der Coronavirus-Pandemie ein Jahr andauern, könnte dem Schweizer Tourismus laut der Uno mehr als 31 Milliarden Franken entgehen. Weltweit geht die Uno für den Tourismus von einem 3-Billionen-Loch aus.

Die 31 Milliarden Franken entsprechen 5 Prozent des schweizerischen Bruttoinlandproduktes (BIP), wie aus den am Mittwoch von der Uno-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) publizierten Schätzungen (<https://unctad.org/en/pages/newsdetails.aspx?OriginalVersionID=2416>) hervorgeht. Weltweit würde der Ausfall 4 Prozent des BIP ausmachen.

Untersucht wurden drei Szenarien: eine Dauer der Einschränkungen von vier, acht oder zwölf Monaten. Für den Schweizer Tourismus ergibt das im besten Fall mindestens 11 Milliarden weniger Einkünfte bei vier Monaten und schlimmstenfalls bis zu 31 Milliarden weniger bei 12 Monaten.

Löhne unter Druck

Die Löhne des qualifizierten Personals in der Tourismusbranche kommen dadurch unter Druck und dürften zwischen 2 und 6 Prozent sinken, bei den schlechter Qualifizierten könnten die Einbussen bei bis zu 8 Prozent liegen.

Auf die ganze Welt bezogen kommen die Ausfälle gemäss Unctad-Schätzungen zwischen 1,14 und 3,12 Billionen Franken zu liegen. Das wären 1,5 respektive über 4 Prozent des weitweiten BIP. Gebremst wird der Aufschwung durch Lockdowns in gewissen Ländern, durch Reisebeschränkungen oder weil die Konsumentinnen und Konsumenten weniger finanzielle Mittel zur Verfügung haben.

Arme Länder und Frauen leiden mehr

Die Tourismus-Branche hat laut Unctad für Millionen von Menschen eine enorme wirtschaftliche Bedeutung. Namentlich für die Entwicklung von kleinen Inselstaaten sei sie zentral. Das BIP der Entwicklungsländer sei denn auch am meisten unter Druck. Auch die Frauen würden überproportional unter den wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise leiden, da sie oft informelle Tätigkeiten ausübten.

Wegen indirekten Effekten gehe das BIP dieser Länder mit jeder fehlenden Tourismus-Million um zwei oder drei Millionen zurück. Die Unctad fordert die Staatengemeinschaft auf, die soziale Absicherung für diese Beschäftigten zu gewährleisten.

Von den Regierungen wünscht sie sich Unterstützungsbeiträge für all jene, die aufgrund der Krise die Branche wechseln und eine Umschulung machen müssen. Unternehmen müssten vor Konkursen bewahrt werden. Zudem müsse die internationale Gemeinschaft den Zugang zu Finanzhilfen für gewisse Ländern erleichtern. (sda)

Publiziert am Mittwoch, 01. Juli 2020